DOI: 10.1007/s00350-011-3021-1

Arztstrafrecht.

Von Helmut Frister, Michael Lindemann und Th. Alexander Peters. Verlag C.H. Beck, München 2011, 415 S., kart., €54,00

Strafverfahren gegen Ärzte, seien diese niedergelassen oder im Krankenhaus tätig, haben Hochkonjunktur. Beschränkten sich derartige Verfahren jahrzehntelang auf das klassische Medizinrecht mit den Vorwürfen der fahrlässigen Körperverletzung oder der fahrlässigen Tötung, kam Mitte der 1980er Jahre mit den unterschiedlichen Facetten des Abrechnungsbetruges eine weitere Dimension hinzu. Es gingen knapp weitere zwanzig Jahre ins Land, bis der BGH insbesondere den Vertragsarzt als tauglichen Täter des § 266 StGB einordnete. In jüngster Zeit haben Rechtsprechung und Literatur ein weiteres Kapitel im ärztlichen Wirtschaftsstrafrecht aufgeschlagen und den Bereich der Korruptionsdelikte auf (Vertrags-)Ärzte erweitert. Die Verfasser des zu besprechenden Werks haben deshalb den richtigen Zeitpunkt getroffen, um eine nahezu umfassende Abhandlung des Arztstrafrechts vorzulegen.

Mit Frister und Lindemann stammen zwei Autoren aus dem universitären, jedoch durchaus medizinrechtlich geprägten Bereich. Frister ist Professor für Straf- und Strafprozessrecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Geschäftsführender Direktor des dortigen Instituts für Rechtsfragen der Medizin; Lindemann ist Akademischer Rat z.A. an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Peters verfügt als niedergelassener Fachanwalt für Strafrecht und Medizinrecht über die für die Abfassung eines solchen Werks erforderliche praktische Erfahrung. Gleichwohl haben die Verfasser darauf verzichtet kenntlich zu machen, aus wessen Feder welcher Teil der Abhandlung stammt.

Das Werk ist in vier Kapitel gegliedert. Im ersten Kapitel (S. 1–112) wird das strafbewehrte Verhalten im Rahmen von Diagnostik, Therapie und Nachsorge behandelt, mithin das klassische Medizinstrafrecht. Im Zusammenhang mit der Darstellung der eigenmächtigen Behandlung als Körperverletzung nimmt die klar gegliederte Darstellung der Einwilligungproblematik den gebotenen weiten Raum ein.

Ein Unterkapitel erläutert die Dogmatik der fahrlässigen Erfolgsdelikte. Die grundsätzliche Maßgeblichkeit der Einhaltung des Facharztstandards wird unter Berücksichtigung der Leitlinien-Entwicklung dargestellt. Bei der Verteidigung von Ärzten wegen des Verdachts der fahrlässigen Körperverletzung/Tötung ist der „retende“ Verteidigungsansatz häufig der Hinweis auf den fehlenden Pflichtwidrigkeitszusammenhang. Die Verfasser arbeiten dessen Voraussetzungen heraus, heben jedoch deutlich hervor, dass entgegen der teilweise in der Literatur vertretenen Ansicht grundsätzlich jede Lebensverkürzung den Tatbestand der fahrlässigen Tötung (§ 222 StGB) erfüllt (vgl. S. 74).

Ein weiterer Abschnitt (S. 98–112) befasst sich mit den strafrechtlichen Risiken der Behandlung am Lebensende.

Das zweite Kapitel (S. 113–328) befasst sich mit den Wirtschaftsstrafataten im Gesundheitswesen, und zwar mit den besonders praxisrelevanten Deliktfeldern des ärztlichen Abrechnungsbetruges, der Untreue sowie der Korruptionsstrafbarkeit medizinischer Entscheidungsträger.

Der Unterabschnitt zum Abrechnungsbetrug stellt mit ziemlich genau einhundert Seiten den Schwerpunkt des Buchs dar. Einleitend wird – getrennt nach vertragsärztlichem und vertragszahnärztlichem Bereich – das alles andere als logisch aufgebaute vertragsärztliche Vergütungs- und Abrechnungssystem erläutert. Eine Darstellung der Eckdaten des privatärztlichen Abrechnungssystems schließt sich an.

Die Ausarbeitung über den objektiven Tatbestand des Abrechnungsbetruges nimmt einen breiten Raum ein (S. 141–212). Die Ausführungen verdeutlichen den Facettenreichtum der in Betracht kommenden Konstellationen. Hervorgehoben werden soll lediglich, dass die Autoren in Fällen missglückter Vertragsgestaltung bei sog. „Scheingesellschafter-Varianten“ den Eintritt eines Vermögensschadens ablehnen (S. 206) und zu Recht betonen, dass diese Fallgruppe nicht mit derjenigen verglichen werden dürfe, in welcher Leistungen unzulässig an nichtärztliches Personal delegiert werden, da sich im

letzteren Fall die Schadensneigung aus der fehlenden Qualifikation der Weisungsempfänger zur Indikationsstellung ergebe und die Leistung vom Weisungsempfänger grundsätzlich nicht lege artis erbracht werden könne.

Spannend zu lesen sind die Ausführungen zu den Korruptionsdelikten (S. 235–328). Mit vorsichtiger Formulierung tendieren die Verfasser dazu, den Vertragsarzt nicht als Amtsträger i.S. des § 11 Abs. 1 Nr. 2 lit. c StGB anzusehen (S. 246).

Hochaktuell sind die Erörterungen zu § 299 StGB und insbesondere die Analyse der Frage, ob Vertragsärzte im Zusammenhang mit der Ausstellung von Verordnungen als Beauftragte der Krankenkassen i.S. des § 299 StGB einzuordnen sind. Der Vertragsarzt wird aufgrund seiner Zulassung zur vertragsärztlichen Versorgungstätigkeit und der hierdurch übernommenen Aufgabe, die durchaus Gegenstand einer Unrechtsvereinbarung sein kann, als tauglicher Täter der Angestelltenbestechlichkeit i.S. des § 299 StGB angesehen (S. 301 f.). Im Zusammenhang mit der Behandlung von Privatpatienten kommt nach Auffassung der Verfasser eine Beauftragtenstellung des Arztes eindeutig nicht in Betracht. Die Verfasser heben zutreffend hervor, dass die rechtliche Einordnung einer Vielzahl von Konstellationen bisher kaum oder nur unzureichend diskutiert worden ist, in denen niedergelassene Ärzte z.B. als Beleg- oder Konsiliarärzte oder im Rahmen sonstiger Aufgabenverzahlung an der stationären Behandlung von Krankenhausträgern der öffentlichen Hand teilnehmen.

Das Kapitel über die Korruptionsdelikte wird komplettiert durch Hinweise zur strafrechtlichen Vorfeldberatung und Compliance (S. 311 ff.), wobei die theoretischen Ausführungen durch praxisrelevante Fallgestaltungen konkretisiert werden.

Das dritte Kapitel (S. 331–383) arbeitet anhand des typischen Ablaufs die maßgeblichen Grundsätze der Verteidigung vom Zeitpunkt der Übernahme des Mandats bis zur Eröffnung der Hauptverhandlung in Arztstrafverfahren heraus und zeigt Verteidigungsstrategien auf. Der Leser erhält eine Vielzahl praktischer Hinweise. Zu einzelnen Problemfeldern sind Schriftsätze als Muster abgedruckt, die jedoch nicht immer einen medizinrechtlichen Bezug aufweisen. Der weniger erfahrene Praktiker wird sich darüber freuen, dass selbst Vergütungsfragen angesprochen werden. Die Darstellung richtet sich ausschließlich an den Verteidiger des Arztes und nicht an den die Patientenseite vertretenden Rechtsanwalt.

Leider sind die Ausführungen in diesem Kapitel bei weitem nicht so detailliert und prägnant wie in den beiden vorhergehenden. Viele für die Praxis bedeutsame Fragen werden nicht behandelt. Beispielsweise sei angemerkt, dass im Zusammenhang mit dem Hinweis auf das Verbot der Mehrfachverteidigung (§ 146 StPO) Ausführungen dazu fehlen, inwiefern mehrere beschuldigte Ärzte eines Krankenhauses oder mehrere Ärzte einer Berufsausübungsgemeinschaft zulässigerweise von Anwälten derselben Kanzlei verteidigt werden können, eine Frage, die sich in der Praxis nahezu täglich stellt. Auf S. 340 wird die Problematik geschildert, dass anhand der Ermittlungsakte oftmals festzustellen ist, dass die angeforderte Krankenakte noch „nicht beigegeben wurde“ und entgegen Nr. 70 RiStBV die Staatsanwaltschaft bereits Gutachten eingeholt hat. Es fehlen Empfehlungen, wie mit dieser Situation und derjenigen umzugehen ist, dass der Gutachterauftrag an der Verteidigung vorbei erteilt wurde, das Gutachten jedoch noch nicht vorliegt.

Kapitel vier (S. 385–406) zeigt die möglichen außerstrafrechtlichen Folgen eines Strafverfahrens auf, und zwar vom Berufsverbot über den Approbationsverlust bis hin zu Disziplinarverfahren der Kassenärztlichen Vereinigung. Auch in diesem Kapitel würde mancher Leser sicherlich gerne Tipps und Empfehlungen aus der Praxis erhalten, so etwa einen Hinweis darauf, ab welchem Grad der Verurteilung mit der Einleitung eines Verfahrens auf Widerruf der Approbation zu rechnen ist oder mit welcher Argumentation eine Berufserlaubnis für eine Angestelltentätigkeit erlangt werden kann. Auch hätten die Auswirkungen einer Einstellung gem. § 153a StPO auf Folgeverfahren dargestellt werden sollen. Die Ausführungen zum Anspruch der Kassenärztlichen Vereinigung auf Rückforderung von betrügerisch erlangten Honoraren (S. 401) basieren auf einer seit langem überholten Rechtslage.

Fazit: Das Buch ist eine Bereicherung des durch Überangebote gesättigten Markts für medizinrechtliche Literatur. Hervorzuheben ist die objektiv geprägte dogmatische Darstellung des materiellen Strafrechts. Das Buch hat die Anlage zum Standardwerk. Diese Einschätzung gilt mit der Einschränkung, dass es den Verfassern gelingen muss, die Konzeption/Bearbeitungstiefe der Kapitel drei und vier zu ändern.